

Beschluss Unsere Gesellschaft von morgen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 3. Landtagswahl

Antragstext

1 Diskriminierung entgegenstellen – Vielfalt fördern

2 Wir wollen in einer Welt leben, die frei von Diskriminierung und Rassismus ist.
3 Die Realität ist leider eine andere. Rassismus, Antisemitismus, Homophobie,
4 Sexismus und andere Formen der Diskriminierung sind leider noch immer an der
5 Tagesordnung und haben gar in den letzten Jahren wieder an Salonfähigkeit
6 gewonnen.

7 Das Land muss sich weiter für die Förderung interkultureller Zentren engagieren.
8 Wir wollen Raum für Vielfalt und Begegnung, u.a. zwischen allen Altersklassen,
9 schaffen. Dazu wollen wir vor allem in der Fläche vernetzte Gemeinwesenarbeit
10 mit Fachpersonal stärken.

11 Wir wollen für das Land Rheinland-Pfalz ein Anti-Diskriminierungsgesetz nach
12 Berliner Vorbild durchsetzen. Es soll Entschädigungen für Betroffene vorsehen,
13 den Beweis einer Diskriminierung dank Vermutungsregelung erleichtern und
14 Verbandsklagerechte einräumen.

15 Zudem müssen queere Angebote, vor allem auf dem Land, weiter ausgeweitet werden.
16 Jugendarbeit muss das Thema vermehrt in den Blick nehmen. Dazu muss es mehr
17 Fortbildungen für Pädagog*innen und Jugendleiter*innen geben.

18 Das Land soll zudem eine Bundesratsinitiative zum Abstammungsrecht einbringen,
19 die gleichgeschlechtliche Paare gleichstellt. Homosexuelle Männer dürfen
20 faktisch kein Blut spenden. RLP soll sich daher über den Bundesrat für ein Ende
21 der Queerfeindlichkeit beim Blutspenden einsetzen.

22 Entschlossen gegen Rechts

23 Rassismus und rechten Gesinnungen muss Rheinland-Pfalz entgegentreten. Daher
24 fordern wir eine Erhöhung der Finanzmittel für Präventions- und
25 Informationsarbeit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Insbesondere für
26 die Opferberatung in diesen Bereichen müssen noch mehr Mittel bereitgestellt
27 werden.

28 Darüber hinaus fordern wir, dass das Land den 08. Mai als „Tag der Befreiung der
29 Welt von nationalsozialistischer Herrschaft“ zum Feiertag erklärt.

30 Die AfD und ihre Jugendorganisation sind offen verfassungsfeindlich und
31 faschistisch. Wir müssen alle Mittel ausschöpfen, ihr Ziel, unsere Demokratie
32 abzuschaffen, zu stoppen. Es muss daher auch mittelfristig ein
33 Parteiverbotsverfahren angestrebt werden.

34 Frauen an die Macht

35 Frauen sind in der Politik in Rheinland-Pfalz unterrepräsentiert. Von der
36 kommunalen Ebene bis zum Landtag dominieren die Männer in den Räten. Das liegt
37 jedoch nicht an fehlenden qualifizierten Frauen, sondern an strukturellem
38 Sexismus in unserer Gesellschaft. Wir fordern die Einführung eines Parité-

39 Gesetzes. Dadurch würden alle Parteien in Rheinland-Pfalz verpflichtet, ihre
40 Wahllisten - neben der Aufstellung von nicht-binären Personen - abwechselnd mit
41 Männern und Frauen zu besetzen.

42 Gemeinden in Rheinland-Pfalz sind dazu verpflichtet, Gleichstellungsbeauftragte
43 einzustellen. Dieses Amt ist wichtig, um strukturelle Benachteiligungen von
44 Frauen aufzudecken, sie zu beheben und die Interessen von Frauen bei kommunalen
45 Entscheidungen zu vertreten. Momentan erwarten Gemeinden bei fehlenden
46 Gleichstellungsbeauftragten jedoch keine Konsequenzen. Wir fordern die
47 Sanktionierung von fehlenden Gleichstellungsbeauftragten.

48 Soziale Medien können insbesondere für Frauen belastende Erfahrungen mit sich
49 bringen. Belästigung durch unangemessene Kommentare, das Zusenden von Dickpics
50 ohne Einverständnis, aber auch explizit gegen Frauen gerichteter Hass sind weit
51 verbreitet und treffen auch schon sehr junge Frauen. Wir fordern mehr Werbung
52 für Hilfsangebote bei sexualisierter Gewalt und den Ausbau dieser Angebote.

53 Kein Mensch ist illegal

54 Wir fordern eine grundsätzliche Wende in der deutschen und europäischen Asyl-
55 und Migrationspolitik. Europa darf keine Festung sein, sondern muss Menschen in
56 Notlage, die es auch selbst mitverursacht, helfen. Wir fordern das Land auf,
57 sich über den Bundesrat für eine humanere Asyl- und Migrationspolitik
58 einzusetzen.

59 Wir lehnen Abschiebungen ab. Die Möglichkeiten des Landes dagegen sollten
60 vollumfänglich ausgeschöpft werden. So dürfen auf keine Fall Abschiebungen in
61 Kriegsgebiete wie Afghanistan oder Syrien erfolgen. Abschiebehaft muss beendet
62 werden.

63
64 Wir fordern die Einrichtung eines Landesaufnahmeprogramms zur jährlichen
65 Aufnahme einer bestimmten, vierstelligen Zahl an Schutzsuchenden. Zur
66 Durchsetzung dessen muss die Landesregierung gemeinsam mit anderen Ländern Druck
67 auf das Bundesinnenministerium ausüben und ihre rechtlichen Möglichkeiten prüfen
68 sowie nötigenfalls Klagen in Betracht ziehen.

69 Wir fordern, dass allen Asylbegehrenden in RLP sofort eine Gesundheitskarte als
70 auch Zugang zu Sprachkursen gewährt wird.

71 Die Ausländerbehörden der Kommunen sind z.T. defizitär aufgestellt. Hier müssen
72 bessere Ausbildungen und interkulturelles Training für die Mitarbeitenden
73 umgesetzt werden.

74 Drogenkonsum entkriminalisieren – Hilfe statt Verfolgung

75 Wir fordern die Legalisierung von Cannabiskonsum ab 18 Jahren. Faktisch ist
76 diese Droge ohnehin schon weit verbreitet, wird aber kriminalisiert, sodass sich
77 weder Konsum noch Qualität der Droge kontrollieren lassen und illegaler
78 Drogenhandel gefördert wird. Eine Legalisierung kann nur auf Bundesebene
79 geschehen, daher fordern wir eine Bundesratsinitiative des Landes zur
80 Legalisierung von Cannabis.

81 Um Menschen vor gestreckten und gefährlichen beigemischten Drogen zu schützen,
82 fordern wir eine Drug-Checking Offensive des Landes u.a. bei großen Festivals
83 wie bei Rock am Ring oder der NatureOne.

84 Prävention ist jedoch wichtig, um Menschen über die Gefahren des Drogenkonsums
85 aufzuklären und sie davor zu schützen. Dabei sollte neben Cannabiskonsum auch
86 die unterschätzte Droge Alkohol stärker thematisiert werden, sowie der Einfluss
87 der mentalen Gesundheit auf Suchterkrankungen.

88 Für Konsument*innen von illegalen Drogen fordern wir mehr Schutzräume in
89 Rheinland-Pfalz, in denen ein hygienischer und sicherer Konsum ermöglicht wird
90 und die zugleich auch Anlaufstellen bei Problemen oder dem Wunsch nach Entzug
91 sein sollen.

92 Verhütungsmittel wie Kondome oder die Pille können vor allem junge Menschen
93 finanziell belasten. Wir meinen, dass jeder Mensch ein Recht auf
94 Verhütungsmittel hat und fordern deswegen, diese kostenlos zur Verfügung zu
95 stellen.

96 Frauen haben außerdem die Kosten für Hygieneartikel wie Binden und Tampons zu
97 tragen, was für manche ein hoher finanzieller Aufwand sein kann. Wir fordern
98 daher zumindest in allen öffentlichen Gebäuden in Rheinland-Pfalz kostenlos
99 Hygieneartikel wie Binden und Tampons auf den Toiletten zur Verfügung zu
100 stellen.